

Das Magazin der Bundestagsfraktion

# profil:GRÜN

## ERSTE HILFE



## FÜR DIE PFLEGE



[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)



## PROFIL:GRÜN IM JUNI 2018

### EDITORIAL S. 3

Katrin Göring-Eckardt zur aktuellen politischen Lage

### ERSTE HILFE FÜR DIE PFLEGE S. 4

Der Pflegenotstand ist alarmierend. Es ist höchste Zeit, die Weichen für die Pflege langfristig zu stellen. Kordula Schulz-Asche und Katja Dörner stellen unser grünes Sofortprogramm vor.

### EUROPA, UNSERE CHANCE S. 8

Die beste Zeit für die Europäische Union könnte noch vor uns liegen. Was wir jetzt dafür tun müssen, erklären Franziska Brantner und Anton Hofreiter.

### HAUSHALT OHNE ZUKUNFT S. 12

Geld mit der Gießkanne ausschenken, ohne Ziel und Plan? Nachhaltig geht anders! Wie, erklären Anja Hajduk und Sven-Christian Kindler.

### AUS DEN ARBEITSKREISEN S. 16

Wir berichten über unsere parlamentarische Arbeit.

### KLARTEXT BEIM KLIMASCHUTZ S. 20

Schüchternheit ist nicht ihr Ding, Lisa Badum spricht Klartext. Ein Porträt von Susanne Sporer.

### GRÜN UND GRÜNER S. 22

Heimat, nachhaltige gute Arbeit, Zusammenhalt – Veranstaltungen der Fraktion zu großen gesellschaftspolitischen Themen, kurz zusammengefasst.



**Herausgeberin:** Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de, V. i. S. d. P.: Herta Parchent, **Redaktion:** Gisela Hüber, Sibylle Kraut-Eppich, Tobias Herrmann **Gestaltung:** Stefan Kaminski **Druck:** Dierichs Druck+Media Kassel, **Papier:** 90 g Revive Pure, **Auflage:** 82.000, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, **Redaktionsschluss:** 18.06.2018, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr, das Abo kostet 7,50 Euro.

## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Offiziell ist die neue Bundesregierung jetzt über 100 Tage im Amt – doch zueinander gefunden hat sie nie. Die SPD wollte nie Teil dieser Regierung sein und die Union zerlegt sich im Chaos. Dabei geht es nur vordergründig um eine Sachfrage über die Rückführung von Flüchtlingen an deutschen Außengrenzen. Der ewige Streit zwischen CSU und Teilen der CDU rund um Kanzlerin Merkel ist eine lähmende Giftmischung aus regionalpolitischem Kalkül, dem Surfen auf einer rechtspopulistischen Welle und einer offenen Kampfansage an die liberale Gesellschaft. Ein Hohn, dass der FDP-Vorsitzende Lindner dabei die CSU noch antreibt.



Foto: Stefan Kaminski

CSU und CDU zwingen einem ganzen Land ihr Streittheater auf, vorgeführt als Erpressung und gemeint als Putschversuch. Ja, die Fehler der Regierungen Merkels in der Flüchtlingspolitik sind Legende: Wegschauen, Wegducken, Aussitzen, Schwarzen-Peter-Zuschieben und andere für ihre verfehlte Sicherheitspolitik und mangelnde Integrationsanstrengungen verantwortlich machen. Aber Deutschland braucht jetzt keine Verschiebung nach rechts, sondern eine handlungsfähige Regierung, die sich den realen europäischen Herausforderungen, den sozialen Schiefen in unserem Land und der sich zuspitzenden Klimakrise stellt.

Es braucht wieder Zuversicht in das gute Zusammenleben in unserer Gesellschaft, so wie sie ist und nicht wie die Rechten sie gerne hätten. Wir wollen eine Politik der Menschlichkeit und Ordnung, Solidarität und Weltoffenheit. Kein Problem in Europa wird dadurch gelöst, dass wir uns in Gruppen zerlegen und eine nach der anderen gegeneinander aufstellen.

Das ist auch unsere Maxime bei den laufenden Haushaltsberatungen. Statt Gießkannenprinzip wollen wir gezielte Zukunftsinvestitionen und ausreichende Mittel für Europa. Die notwendige Weiterentwicklung der EU ist neben dem Haushalt einer der Themenschwerpunkte in diesem Heft. Zudem stellen wir unser Sofortprogramm für bessere Pflege vor, mit mehr Mitteln, vor allem bei der Personalausstattung.

Herzlich

**KATRIN GÖRING-ECKARDT MdB**  
Fraktionsvorsitzende



# ERSTE HILFE FÜR DIE PFLEGE

**Der Pflegenotstand kam mit Ansage. Die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft und der Mangel an Pflegekräften sind seit langem bekannt und kommen für niemanden überraschend. Aufgescheucht von Protesten und intensiverer Medienberichterstattung reagiert jetzt die neu aufgelegte GroKo kurzfristig mit einem Sofortprogramm. Doch damit ist es nicht getan, es ist höchste Zeit, die Weichen für die Pflege langfristig zu stellen.**

*Von Kordula Schulz-Asche und Katja Dörner*

Die Pflege alter und kranker Menschen, ein lange vernachlässigtes Thema, findet plötzlich Aufmerksamkeit. Medien berichten über unhaltbare Zustände in Pflegeheimen und Krankenhäusern, in Talkshows erzählen Betroffene von Mangel und Missständen. Jetzt nimmt sich auch die Regierungspolitik des Themas an, doch was bisher an Vorschlägen erkennbar ist, greift zu kurz. Denn obwohl sich der Bedarf in einer älter werdenden Gesellschaft schon lange abzeichnet, hält die Personalausstattung mit der Entwicklung nicht Schritt.

Die letzten Bundesregierungen haben es versäumt, die langfristig notwendigen Entscheidungen für die Pflege zu treffen. Initiativen, um mehr Fachkräfte zu gewinnen oder im Beruf zu halten, blieben aus. Das jetzt von Gesundheitsminister Spahn vorgelegte Sofortprogramm mit 13.000 neuen Stellen ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein und wird, wenn überhaupt, erst in einigen Jahren greifen.

Deshalb fordern wir als „Erste Hilfe“ für die Pflege 50.000 neue Stellen, davon 25.000 für mehr Pflege im Krankenhaus und 25.000 für die Altenpflege. Damit können wir allerdings nur den akuten Bedarf decken. Mittel- und langfristig muss alles getan werden, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen.

## DEM BEDARF GERECHT WERDEN

Unser grünes Sofortprogramm schafft zunächst einmal Entlastung und eine ausreichende Personalbesetzung. Die zusätzlichen Stellen in Pflegeheimen können wir finanziell absichern, indem wir den Pflegekassen mehr Freiraum für Personal verschaffen. Zu diesem Zweck wollen wir die medizinische Behandlungspflege durch die Krankenkassen finanzieren. Da aber 13.000 Stellen zusätzlich, wie Minister Spahn es vorschlägt, nicht ausreichen, brauchen wir zusätzliche Mittel. Wir fordern deshalb die Auflösung des Pflegefonds. Denn statt auf geringfügige Beitragssenkungen in der Zukunft zu setzen, macht es einfach mehr Sinn, jetzt in die Pflege zu investieren. Zudem fordern wir in der Alten- wie in

**Deutschland:  
1 Fachkraft**



**für 13 PatientInnen**



**Norwegen:  
1 Fachkraft**



**für 5,3**





Bielefeld



Nordhausen



Osterholz



Bramsche



Essen

der Krankenpflege bundesweite verbindliche Personalbemessungsinstrumente, damit die personelle Ausstattung dem tatsächlichen Bedarf gerecht wird. Wir reden dabei nicht über „Personaluntergrenzen“, wie es die Regierung tut. Unser Maßstab ist gute Pflege, dafür wollen wir das notwendige Fachpersonal sicherstellen. Unser Richtwert ist in anderen Ländern übrigens Standard. Während in Deutschland im Krankenhaus eine Fachkraft 13 Patientinnen und Patienten versorgen muss, betreut eine Pflegefachkraft in Norwegen statistisch nur 5,4 und in den USA 5,3 Kranke. Was für ein Unterschied und welche Herausforderung!

### PFLEGEFACHKRÄFTE DRINGEND GESUCHT

Über die Sofortmaßnahmen hinaus brauchen wir schnelle und nachhaltige Lösungen für den steigenden Bedarf an Fachkräften. Die Pflegekräfte hierzulande sind bereits durch eine hohe Arbeitsintensität belastet. Der Personalmangel verschärft die Situation zusätzlich. Die bisherigen Reformen ignorieren dieses Problem. Zum Beispiel der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff: Er lenkt den Blick auf die individuellen Bedarfe Pflegebedürftiger und macht ihren Grad an Selbstständigkeit zum Maßstab. Hilfsangebote werden entsprechend danach beurteilt, ob sie die Menschen unterstützen und aktivieren. Doch dass für diese Maßnahmen auch mehr Personal notwendig wird, blendet die Große Koalition wissentlich aus.



### GRÜNE PFLEGEWOCHE SETZT SIGNALE

Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich seit Langem für wirksame Maßnahmen gegen den Pflegegenotstand ein. Auch den Internationalen Tag der Pflege am 12. Mai haben wir genutzt, um mit einer „Grünen Pflegewoche“ mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Bundesweit waren unsere Abgeordneten mit Aktionen in den Wahlkreisen präsent und stellten grüne Ideen für eine gute Pflege vor. Im Mittelpunkt stand die aktuelle Arbeitssituation der Pflegenden, aber auch die Belastung und Rechte von Angehörigen, die sich um pflegebedürftige Familienmitglieder kümmern.

Vor allem der Mangel an Personal und Fachkräften setzt alle Betroffenen unter Dauerstress.

Und die Lage wird sich weiter verschärfen, wenn wir nicht handeln. Der demografische Wandel wird mit einer wachsenden Anzahl von pflegebedürftigen Menschen einhergehen. Zugleich werden ausgebildete Pflegefachkräfte aus Altersgründen den Beruf verlassen. Durch die steigende Arbeitsbelastung reduzieren zudem viele Fachkräfte ihre Arbeitszeit oder steigen frustriert aus dem Beruf aus. Dieser Entwicklung müssen wir entgegensteuern. Damit gute Pflege möglich und Personalplanung nicht mehr auf Kante genäht werden muss, sind jetzt überfällige Reformschritte nötig. Im Vordergrund muss eine höhere tarifliche Bezahlung stehen, des Weiteren bessere Arbeitsbedingungen sowie Personalstandards, die dem tatsächlichen Bedarf gerecht werden.

Eine Möglichkeit, die wir nutzen sollten, ist, Teilzeitkräfte in Vollzeit zu bringen. Dazu müssen wir die Arbeitsbedingungen verbessern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen und die gesellschaftliche Anerkennung dieser Arbeit erhöhen. Nach aktuellen Berechnungen ließe sich so der Mangel an ausgebildeten Fachkräften abfedern. Klar ist jedoch: Wir werden jeden Menschen brauchen, der bereit ist, in diesem Beruf gute Arbeit zu leisten. Herkunft und Hautfarbe dürfen dabei keine Rolle spielen, auch nicht, ob die Pflegerin ein Häubchen oder Kopftuch trägt. Ohne ausländische Fachkräfte wird der Pflegebedarf nicht zu decken sein. Bisher fehlen dafür bundesweit transparente Regeln ebenso wie ein qualifiziertes Einwanderungsgesetz. Das ist aber die Voraussetzung, um mehr junge Menschen zu gewinnen, sich bei uns niederzulassen und in sozialen Berufen zu engagieren.

### DEN PFLEGERBERUF ATTRAKTIV MACHEN

Wenn es gelingen soll, mehr Menschen für den Pflegeberuf zu begeistern, müssen die Rahmenbedingungen der Pflegearbeit stimmen. Eine angemessene Bezahlung ist Ausdruck der gesellschaftlichen Wertschätzung. Wir setzen uns daher für einen flächendeckenden Tarifvertrag Soziales ein. Eine familienfreundliche Arbeitsorganisation und mehr Zeitsouveränität können vor allem die Frauen entlasten. Es muss zudem einfacher werden, von Teil- in Vollzeit zurückzukehren oder nach einer Pause wieder in den Beruf einzusteigen. Sinnvoll sind auch flexiblere Ausbildungsangebote, mit denen sich Pflegehelferinnen und Pflegehelfer zu Fachkräften weiterqualifizieren können. Die anstehende Ausbildungsreform werden wir konstruktiv kritisch begleiten, denn sie bietet die Chance, die Pflege gesellschaftlich und professionell aufzuwerten.

Interessant sind auch neuere Entwicklungen, Pflegekammern als Interessenvertretung dieses Berufsstandes zu gründen, wie es sie bereits in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen gibt. Solche Pflegekammern können die Pflegefachkräfte darin unterstützen, ihre berufsständischen Kompetenzen zu beschreiben und Fort- und Weiterbildungen zu entwerfen. Nicht zuletzt kommt diese Qualitätssteigerung auch dem Patientenschutz zugute. Die Bundesärztekammer zeigt, wie man auf die berufsständischen Belange einer Berufsgruppe aufmerksam macht. Der gesellschaftliche Wandel erfordert auch, neue, innovative Ansätze zu erschließen. Eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege werden ebenso entscheidend davon abhängen, wie gut die Zusammenarbeit verschiedener Gesundheitsberufe auf Augenhöhe organisiert und vor Ort sichergestellt werden kann.

### PFLEGE NACHHALTIG FINANZIEREN

Nicht zuletzt müssen wir Lösungen erarbeiten, um die steigenden Kosten im Gesundheitssystem gerecht zu bewältigen. Hierzu gehört auch mehr Transparenz über die Kosten gegenüber Patienten und Angehörigen. Es gilt, tragfähige Modelle zu entwickeln, um die Kosten auf die gesamte Gesellschaft umzulegen – von der Parität in der Krankenversicherung bis zur Berücksichtigung aller Einkommen auch in der Pflegeversicherung. Wir Grüne im Bundestag fordern seit Langem eine Reform der Finanzierung von Gesundheit und Pflege. Mit unseren solidarischen Bürgerversicherungen haben wir dazu bereits konkrete Konzepte entwickelt.

» [gruene-bundestag.de/Pflege](https://gruene-bundestag.de/Pflege)



**KATJA DÖRNER MDB**  
Stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende



**KORDULA SCHULZ-ASCHE MDB**  
Sprecherin für Pflegepolitik  
Sprecherin für Altenpolitik

„The EU is not perfect, but the best idea we have had so far“ – Jürgen Klopp hat wunderbar ausgedrückt, was überzeugte Europäerinnen und Europäer ausmacht.

EUROPA  
UNSERE

CHALLENGE

Foto: Reuters

Von Franziska Brantner und Anton Hofreiter

Wie sind die Kräfte zu bändigen, die Europa auseinander-treiben? Der Schlüssel liegt in der konsequenten Weiterentwicklung der EU – wirtschaftlich, sozial und demokratisch. Europa muss allen Bürgerinnen und Bürgern eine bessere Zukunft bieten. Frankreichs Staatspräsident Macron hat dazu Vorschläge gemacht. Doch das deutsch-französische Tandem kommt nicht in Fahrt.

„The EU is not perfect, but the best idea we have had so far“ – Erfolgstrainer Jürgen Klopp hat wunderbar ausgedrückt, was überzeugte Europäerinnen und Europäer ausmacht. Auch wir als grüne Bundestagsfraktion sind der festen Überzeugung, dass es sich lohnt, die Europäische Union, selbst in ihrer Unvollkommenheit und Unfertigkeit, zu verteidigen und weiterzuentwickeln. In einem gemeinsamen Europa liegen Chancen, die so groß sind, dass es zukunftsvergessen wäre, sie nicht zu ergreifen. So ist es beim Klimaschutz, bei der Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit oder bei der Digitalisierung: Gemeinsam kann Europa etwas bewegen – für die Bürgerinnen und Bürger.

Doch unser gemeinsames Haus steht unter Beschuss – von innen wie von außen. Nach dem Brexit gibt es nun in Italien eine panpopulistische Regierung. In Österreich haben wir Vizekanzler Strache, der den Verfassungsschutz rechts überholt, und in Ungarn verkündet Ministerpräsident Orbán das Ende der liberalen Demokratie. Polen schafft die unabhängige Justiz ab, während in Rumänien Korruption quasi legalisiert wird. Le Pen in Frankreich oder bei uns die AfD gewinnen an Einfluss – zum Teil mit freundlicher Unterstützung aus dem Ausland. Die Entwicklungen in Russland und China sind keine guten Nachrichten für die Demokraten Europas. Nicht zuletzt liefert derzeit namentlich der amerikanische Präsident immer neue überzeugende Argumente, warum wir ein geeintes, handlungsfähiges Europa brauchen.

## SOVERÄNITÄT DURCH INTEGRATION

Wir verteidigen Europa in der Überzeugung, dass sich diejenigen, die Europa spalten wollen, täuschen, wenn sie die europäische Integration als einen Souveränitätsverlust darstellen. Das Gegenteil ist der Fall: Erst durch europäische Integration können europäische Demokratien im Zeitalter der Globalisierung Souveränität und Handlungsfähigkeit erlangen. Dafür müssen sie sich jedoch erfolgreich organisieren und dafür sorgen, dass die Europäische Union funktioniert, dass sie die Bürgerinnen und Bürger stärkt und ihnen die Kontrolle zurückgibt, wo sie sich im Nationalstaat allein nicht mehr erlangen lässt. Gelingt uns das, liegt die beste Zeit der Europäischen Union noch vor uns.

## KONSTRUKTIONSFehler DER WÄHRUNGS-UNION ÜBERWINDEN

Eine Europäische Union, die die demokratische Bürgergesellschaft stärkt, ist alles andere als ein Selbstläufer. Dessen sind wir uns bewusst. Doch es sind ganz konkrete Schritte, die wir jetzt gehen können, um ihr näher zu kommen. Ein erster und sehr dringlicher Schritt ist, die Blockade in der Europapolitik aufzuheben. Vor 20 Jahren beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs, eine gemeinsame europäische Währung einzuführen. Ein Meilenstein für Europa. Jedoch hatte die Europäische Währungsunion von Anfang an Konstruktionsfehler. Trotz gemeinsamer Währung gibt es in den Eurostaaten nach wie vor große Unterschiede in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Eine Währungsunion ohne gemeinsame Mechanismen und Rahmenbedingungen funktioniert aber auf Dauer nicht.

Zehn Jahre nach Einführung des Euros legte die Finanzkrise diese Probleme schonungslos offen. Trotz ökonomischer Aufschwünge in mehreren Ländern haben Ungleichgewichte und Ungleichheit sogar noch zugenommen. Millionen junger Menschen sind nach wie vor ohne Arbeit, die Staatshaushalte ächzen unter der Last der übernommenen Bankschulden, viele Banken sind noch immer unterkapitalisiert. Bis heute haben es die europäischen Regierungen versäumt, alle nötigen Lehren zu ziehen, um Europa besser gegen Krisen zu wappnen und die Handlungsfähigkeit in der Eurozone zu erhöhen.

## ZEIT FÜR REFORMEN – EUROPA KRISENFEST UND DEMOKRATISCHER MACHEN

Der neue französische Präsident Emmanuel Macron hat – nachdem er in einer für Europa entscheidenden Wahl die rechten, antieuropäischen Kräfte in die Schranken gewiesen hatte – auf diese Herausforderung klug reagiert: Er machte zukunftsweisende Vorschläge für mehr finanzpolitische Stabilität sowie mehr wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit. Wir Grüne im Bundestag haben eine klare und positive Antwort auf diese Vorschläge – etwas, das wir uns auch von der Bundesregierung gewünscht hätten. Denn mit der anstehenden Europawahl im nächsten Jahr droht sich das Fenster für europäische Reformen wieder zu schließen. Es ist von großer Bedeutung, die verbleibende Zeit zu nutzen. Alles andere wäre ein historisches Versagen der Großen Koalition und auch von Angela Merkel und Olaf Scholz persönlich.

Unsere Reformvorschläge gründen in der Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union, die wir gemeinsam mit der grünen Europafraktion bereits 2016 beschlossen haben. Wir wollen zusammen mit Frankreich und mit unseren anderen europäischen Partnern Europa krisenfest und demokratischer machen. Eine Reformallianz muss offen für andere sein, sie darf nicht ausgrenzen, aber sie muss den Mut haben, voranzugehen.

## GEMEINSAME AUFGABEN GEMEINSAM FINANZIEREN

In den nächsten zehn Jahren soll Europa für die Zukunft besser aufgestellt werden. Es gilt, Investitionen zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen und dies gerechter zu finanzieren. Wir wollen einerseits mittels öffentlicher Investitionen die wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedsländern ankurbeln und darüber hinaus Mitgliedstaaten in Notsituationen unterstützen. Andererseits brauchen wir zur Stabilisierung ein Budget, das in relevantem Maße öffentliche europäische Güter, wie das europäische Eisenbahnnetz, ein europäisches Stromnetz für erneuerbare Energien oder eine flächendeckende digitale Infrastruktur für Europa, finanziert.

Dies soll dazu beitragen, Konjunkturzyklen innerhalb der Eurozone abzufedern und damit mehr gesamtwirtschaftliche Stabilität zu sichern. Es speist sich aus gemeinsamen, konjunkturabhängigen Steuern. Insbesondere wollen wir eine gemeinsame Unternehmenssteuer vorantreiben, die

in besonderem Maße konjunkturellen Schwankungen entgegenwirkt. Zudem hilft sie, Bürokratie für grenzüberschreitende Unternehmen abzubauen und erschwert Steuerdumping. Durch ein so finanziertes Budget werden Mitgliedstaaten in konjunkturell schwachen Zeiten entlastet. Das stützt die Wirtschaft und bewahrt Arbeitsplätze.

## EUROPÄISCHER WÄHRUNGSFONDS ALS EU-INSTITUTION

Während der Finanzkrise traten Konstruktionsfehler in der Architektur unserer gemeinsamen Währung schmerzhaft zutage. Ein wesentliches Versäumnis lag darin, keine gemeinsame „Feuerwehr“ für Staaten in Not aufgebaut zu haben. Dies wurde dann zwar hektisch nachgeholt. Der Rettungsschirm ESM blieb aber ein Provisorium, das noch in Gemeinschaftsrecht überführt werden soll. Europa sollte seine Krisen in Zukunft selbst lösen können – ohne Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und nach eigenen Regeln, demokratischer und transparenter. Dafür muss der ESM als vollwertige EU-Institution ausgebaut werden, zu einem von nationalen Parlamenten und vom Europäischen Parlament kontrollierten Europäischen Währungsfonds (EWF).

## BANKENUNION VOLLENDEN – EINLAGEN EUROPaweIT ABSICHERN

Eine der Lehren aus der Finanzkrise war, Banken nie wieder durch Steuergelder zu retten. Dafür haben wir einen einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus durch die Europäische Zentralbank (EZB) vorangetrieben sowie einen Mechanismus, um illiquide Großbanken abwickeln zu können. Um die Bankenunion zu vollenden, fehlt allerdings noch ein dritter Pfeiler: die gemeinsame Einlagensicherung. Europaweit sind Spareinlagen bis zu 100.000 Euro garantiert. Dies gilt es in letzter Konsequenz abzusichern. Da es aber keine nationalen Bankenmärkte mehr gibt, sondern nur noch einen gemeinsamen, europäischen Finanzbinnenmarkt, macht eine Letztsicherung auf europäischer Ebene Sinn, refinanziert durch den Bankensektor, damit der Steuerzahler für das Verzocken der Banken nicht aufkommen muss.

Doch die Bundesregierung schiebt diesen überfälligen Schritt auf die lange Bank. Nur eine vollständige Bankenunion kann den Teufelskreis aus Bank- und Staatsschulden beenden. Längst überfällig ist ein deutscher Vorschlag, der die Sicherungssysteme kleiner Banken erhält und dennoch die Einlagen überall in Europa auf gleichem Niveau sichert. Es geht darum, die Risiken im Bankensektor und zugleich die bestehenden Risiken fair zu teilen. Beides muss im Einklang umgesetzt werden.

## GEMEINSAME SOZIALE STANDARDS

Auch mehr soziales Europa beugt Krisen vor und wirkt stabilisierend. Europa braucht neue Strukturen und auch einen grenzüberschreitenden sozialen Ausgleich, um mit sozialen Schief lagen künftig besser umgehen zu können und wirtschaftliche Krisen auszugleichen. Dazu gehören gemeinsame verbindliche Mindeststandards für angemessene und existenzsichernde Grundsicherungssysteme und für Mindestlöhne in den Mitgliedstaaten.

## DEMOKRATISCHERE STRUKTUREN

Es wird Zeit, dass das Europaparlament mehr Kontrolle über die Eurogruppe der Finanzministerinnen und -minister bekommt. Daher unterstützen wir die Idee eines Europäischen Kommissars, der gleichzeitig Vorsitzender der Eurogruppe ist. Diese muss ihre Dokumente sowie Protokolle veröffentlichen. Irgendwelche weiteren Parallelparlamente für die Eurozone braucht es nicht.

Seit Jahren versäumt es die Bundesregierung, die Finanz- und Eurokrise tatsächlich zu lösen und endlich mit handfesten Vorschlägen Europa krisenfest aufzustellen. Die langersehnten Antworten von Frau Merkel auf die Vorschläge von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sind allenfalls ein Anfang. Sie reichen aber bei Weitem nicht aus für eine solide und zukunftsfähige Europapolitik. Dafür braucht es mehr als vage Sprüche per Zeitungsinterview.

Wer beim Europäischen Währungsfonds zwischenstaatliche Lösungen parlamentarischer Kontrolle vorzieht, wie Frau Merkel, der setzt auf mehr Hinterzimmer statt auf mehr demokratische Legitimation. Das ist Wasser auf die Mühlen der Populisten.

Frau Merkel verspricht zwar mehr gemeinsame Investitionen, im gleichen Atemzug deckelt sie die deutschen Beiträge für den EU-Haushalt aber so, dass ein relevanter Zuwachs an Investitionsmitteln gar nicht möglich ist. Auch diese Rechnung geht nicht auf.

Mit diesen Vorschlägen nimmt Kanzlerin Merkel Macrons Ideen weiter den Wind aus den Segeln – doch was wir jetzt brauchen, ist Bewegung. Italien hat wieder mal gezeigt: Es besteht Handlungsdruck. Europa braucht jetzt starke Brandmauern statt luftigen Flickwerks.

Berlin muss daher deutlich machen, dass es klar auf der Seite derer steht, die Europas Werte hochhalten und neu beleben wollen. Präsident Macron hat recht: Es kann bei den Werten kein Europa der zwei Geschwindigkeiten geben. Dahinter muss sich die Große Koalition eindeutig stellen. Das gilt insbesondere für die CSU, die ihr unheiliges Bündnis mit einem ungarischen Ministerpräsidenten aufgeben muss, der einen rassistischen, antisemitischen und offen europafeindlichen Wahlkampf geführt und zunehmend autokratisch agiert. Europas Bewährungsprobe ist auch eine entscheidende Bewährungsprobe für die Große Koalition. Wir fordern Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Scholz auf, alles dafür zu tun, dass wir die Chancen, die Europa birgt, nutzen können.

» [gruene-bundestag.de/Europa](http://gruene-bundestag.de/Europa)



**DR. FRANZISKA BRANTNER**  
MDB, Sprecherin für  
Europapolitik



**DR. ANTON HOFREITER** MDB  
Fraktionsvorsitzender

# HAUSHALT 2018

OHNE ZUKUNFT

Der Finanzminister hat seinen Entwurf für den Bundeshaushalt 2018 vorgelegt. Der Wechsel des Ministeriums von der Union zur SPD ist darin nicht spürbar. Stattdessen viel Kontinuität und Klientelpolitik wie gehabt. Die grüne Bundestagsfraktion verlangt mehr Zukunftsinvestitionen, eine Korrektur der sozialen Schieflage und ausreichende Mittel für Europa.

Foto: Ikon Images / Vastafle

Von Anja Hajduk und Sven-Christian Kindler

Kein anderer Finanzminister hatte zu Beginn seiner Amtszeit eine so gute Ausgangslage: Satte 46 Milliarden Euro stehen in der Legislaturperiode sogar für neue Vorhaben zur Verfügung. Für Olaf Scholz wäre das die Gelegenheit zu glänzen, doch er nutzt sie nicht. Eine Idee, wie diese Bundesregierung die Gesellschaft gestalten will, lässt sich im Haushaltsentwurf nicht finden. Für das laufende Jahr gilt bisher nur ein vorläufiger Haushalt. Bis Juli dauern noch die Beratungen im Bundestag zum Haushalt 2018. Eine Bilanz lässt sich aber jetzt schon ziehen: Statt Prioritäten zu setzen, wird mit der Gießkanne ausgeschenkt. Es fehlt ein Ziel und deswegen gibt es auch keinen Plan.

## FEHLSTART FÜR OLAF SCHOLZ

Weder Olaf Scholz noch der Rest der Koalition haben eine gemeinsame Idee, wohin die Reise in Deutschland und Europa gehen soll. Der SPD-Vizekanzler verwaltet den Status quo von Wolfgang Schäuble einfach weiter. Man fragt sich, ob das Finanzministerium in den Händen der SPD oder der CDU liegt. Das ist ein müdes „Weiter so“, aber sicher kein Aufbruch. Ein Politikwechsel im Finanzministerium findet nicht statt.

Wir als grüne Bundestagsfraktion nehmen die Haushaltsberatungen zum Anlass, der Regierung zu zeigen, dass es auch anders ginge. Denn jetzt ist die Zeit, um Vorsorge für die Zukunft zu leisten. An „Baustellen“ hat unsere Gesellschaft keinen Mangel und sie sind bekannt: Kinderarmut, Altersarmut, sanierungsbedürftige Schulen, von schnellem Internet abgehängte Regionen, fehlender Klimaschutz, marode Infrastruktur, eine auseinanderdriftende Gesellschaft. So viel ist klar: Fehlende Investitionen von heute belasten die Haushalte von morgen. Eine regelmäßige Wartung unserer Infrastruktur kostet weniger als die Sanierung oder komplette Instandsetzung. Verfehlten Klimazielen hinterherzulaufen, wird doppelt teuer. In wichtigen Zukunftsfeldern gibt es einen immensen Investitionsstau. Der von der Bundesregierung vorgelegte Haushalt ist ein Haushalt ohne Zukunft.

## DAS FUNDAMENT BRÖCKELT – DIE FETTEN JAHRE GEHEN VORBEI

Statt gezielt in die Zukunft und den sozialen Ausgleich zu investieren, verteilt die Koalition Milliarden mit der Gießkanne – nach den Interessensphären der drei beteiligten Parteien, so zum Beispiel bei der Mütterrente II. Eine gemeinsame Linie, einen gemeinsamen roten Faden gibt es nicht. Diese Politik ist unverantwortlich, sie geht an die Substanz der Gesellschaft. Während das Fundament bröckelt, verweigert die Koalition aus CDU, CSU und SPD die Arbeit an einem Sanierungsplan.

Der Haushalt muss auf stabilen Füßen stehen. Doch so gut die Lage derzeit scheint, die Koalition sieht über viele strukturelle Probleme hinweg. Die aktuellen Spielräume sind nicht das Ergebnis solider Haushaltspolitik, sondern das Ergebnis der historisch einmaligen Niedrigzinsphase und der Verweigerung überfälliger Investitionen. Außerdem wälzt die Regierung Kosten auf die Sozialversicherungen ab – ein bequemer, aber unsozialer Trick.

Die brummende Konjunktur erzeugt gute Steuereinnahmen und die niedrigen Zinskosten haben den Staatshaushalt seit 2008 um unglaubliche 162 Milliarden Euro entlastet. Damit hat EZB-Präsident Mario Draghi deutlich mehr für den ausgeglichenen Haushalt geleistet als Wolfgang Schäuble.

Sollte sich jedoch das Zinsniveau ändern, wie es in den USA bereits geschieht, sieht die Lage schnell ganz anders aus. Auf eine Zinswende folgt im Regelfall ein Einbruch der Konjunktur. Die Steuereinnahmen sinken, die Zinskosten steigen wieder. Für diesen Fall muss Vorsorge getroffen werden. Doch der Finanzminister erfreut sich lieber an der glänzenden Fassade. Statt die drohenden Löcher im Fundament zu verschließen, bohrt er sie noch auf. Bestes Beispiel dafür ist der Abbau des Solidaritätszuschlags ohne eine gerechte und dauerhafte Gegenfinanzierung. Das allein reißt ein zweistelliges Milliardenloch in den Haushalt. Auch das geplante Baukindergeld ist milliardenschwer und nicht dauerhaft gegenfinanziert, zudem wird es vor allem Familien mit höheren Einkommen zugutekommen.

## DAS DICKE ENDE KOMMT SPÄTER

Viele Koalitionsprojekte sind so angelegt, dass sie erst zum Ende der Wahlperiode ihre volle Kostenwirkung entfalten. Das dicke Ende kommt ab 2022 und fällt der nächsten Regierung auf die Füße. Auch die fehlenden Investitionen belasten zukünftige Haushalte. Die Investitionsquote ist im freien Fall; im Jahr 2021 soll sie nur noch bei 9,6 Prozent liegen. Schnelles Internet, gute Schulen, einen funktionierenden ÖPNV, bezahlbare Wohnungen gibt es so nicht. Eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik sieht anders aus.

Der neue Finanzminister verschärft damit die strukturellen Probleme im Haushalt – und das in einer konjunkturell günstigen Lage. Die Rechnung wird später der Nachfolgerregierung und der Bevölkerung aufgebürdet. Um den Haushalt auf ein besseres, nachhaltiges Fundament zu stellen, braucht es einen ganz anderen Ansatz: Dazu gehören ein systematischer Abbau umweltschädlicher Subventionen, ein hartes Controlling bei Großprojekten, die Kürzung unsinniger Ausgaben, eine Steigerung der öffentlichen Investitionen und eine Verbesserung der Einnahmenseite. Nichts davon ist derzeit zu sehen.

## EUROPA WARTET AUF UNSERE ANTWORT

Der Koalitionsvertrag hat einen Aufbruch für Europa versprochen. Der Handlungsdruck ist riesengroß, denn aus der Finanzkrise ist längst eine politische und soziale Krise Europas geworden. Im Haushaltsentwurf von Union und SPD findet der Aufbruch für Europa jedoch nicht statt. Weder im Bundeshaushalt noch im Finanzplan sind mehr Mittel für den europäischen Haushalt vorgesehen. Der französische Präsident Macron und auch EU-Kommissionspräsident Juncker haben Vorschläge für die Weiterentwicklung Europas gemacht. Ihnen zeigt Olaf Scholz mit seiner Finanzplanung die kalte Schulter. Lässt die Bundesregierung das wichtige und knappe Zeitfenster vor der Europawahl ungenutzt verstreichen, wäre das mehr als fahrlässig.

Der Finanzminister muss jetzt Farbe bekennen. Will er das umsetzen, was Martin Schulz in den Koalitionsvertrag eingebracht hat, oder setzt er die falsche Europapolitik von Wolfgang Schäuble fort? Es braucht hier Mut und Willen: den Mut zu mehr europäischer Integration und den Willen, die Wirtschafts- und Währungsunion krisenfest zu machen. An vorderster Stelle stehen die Vollendung der

Bankenunion, die Einrichtung eines demokratisch vom EU-Parlament kontrollierten Europäischen Währungsfonds und eine Investitionsoffensive für Europa.

## ZERSTÖRUNG UNSERER LEBENSGRUNDLAGEN BEENDEN

Um den Schutz unseres Klimas und unserer Umwelt hat sich in der Koalition aus CDU, CSU und SPD ein Schweigekartell gebildet. Im Haushalt finden sich für diese Herausforderung des Jahrhunderts keine neuen Antworten. Dabei ist eigentlich allen klar: Mit einem simplen „Weiter so“ setzt sich die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen fort. Weiterhin fördert die Bundesregierung nicht die Klimarettung, sondern die Klimazerstörung mit Milliardensubventionen. Über 50 Milliarden Euro kurbeln Jahr für Jahr die klima- und umweltschädliche Produktion weiter an – angefangen bei der Subventionierung von Diesel- und schweren Dienstwagen über die Flugindustrie bis hin zur Förderung von Plastiktüten. Diese Subventionen zerstören unsere Lebensgrundlagen und sie verschwenden noch dazu sehr viel Geld. Jetzt ist die Zeit, sie abzubauen. Das ist gut für den Haushalt und das Klima. Denn die frei werdenden Mittel können wir wirklich sinnvoll investieren: in den öffentlichen Nahverkehr, in erneuerbare Energien und gut gedämmte Häuser.

## GEFÄHRDETER ZUSAMMENHALT

Zehn Milliarden Euro jährlich kostet der geplante Abbau des Solidaritätszuschlags. Das ist etwa ein Viertel des gesamten Haushaltsspielraums für die Regierungszeit. Doch wer profitiert davon? Die Soli-Pläne der GroKo begünstigen letztendlich die obersten 20 Prozent der Einkommen. Wer mit Mindestlohn Vollzeit arbeitet, hat nichts davon. Eine Krankenschwester bekäme gerade einmal 20 Euro zusätzlich. Von einer zielgerichteten Unterstützung kleinerer Einkommen oder gar der Bekämpfung von Armut ist das weit entfernt. Die Regierung verteilt lieber Milliarden mit der Gießkanne, statt in unserer reichen Gesellschaft Armut wirksam zu bekämpfen. In anderen Feldern spult die Regierung Maßnahmen zur Sicherung sozialer Teilhabe pflichtschuldig und möglichst kostengünstig ab. Die Förderung von Arbeitslosen zum Beispiel bleibt dramatisch unterfinanziert. Trauriges Fazit in Sachen

Gerechtigkeit: Arme Kinder bleiben arm, arme Rentnerinnen und Rentner auch. Im Bereich der Bildung und Wissenschaft bedürfte es größerer und schnellerer Anstrengungen für flächendeckend gute Ganztagschulen und ein besseres BAföG. Und auch beim „neuen“ Armutstreiber Wohnen lässt es die Koalition an Entschlossenheit vermissen – und am Geld für den sozialen Wohnungsbau. Dadurch wird sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt in unseren Städten weiter verschärfen. Statt Ausgleich zu schaffen, nimmt die Regierung die Spaltung der Gesellschaft weiter in Kauf.

## AUFRÜSTUNG SCHAFFT KEINEN FRIEDEN

In keinem anderen Bereich sollen die Ausgaben so stark steigen wie bei der Bundeswehr. Bis 2021 will die Bundesregierung die Mittel für Bundeswehr und Rüstung um mehr als ein Drittel im Vergleich zu 2013 erhöhen. Die beiden Ministerien, die für eine friedliche Konfliktlösung stehen – das Außenministerium und das Entwicklungsministerium –, werden im gleichen Zeitraum über deutlich weniger Geld verfügen. Ein falsches Signal in Zeiten, in denen es mehr denn je auf Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit ankommt. Denn weltweit nehmen die Konfliktherde zu. Und auf die US-Regierung unter Trump ist – nicht nur in Fragen ziviler Konfliktbewältigung – kein Verlass. So sind die Staaten der Europäischen Union gefragt, international einen Schritt nach vorne zu gehen. Zusätzliche Milliarden für den Rüstungsetat sind dabei die völlig falsche Entscheidung. Kein Etat im Bundeshaushalt steht zurzeit für einen derart laxen Umgang mit Steuergeldern wie der Verteidigungshaushalt. Zusätzliche Gelder werden die aktuellen Probleme der Bundeswehr jedoch nicht lösen. Fehlplanungen, unsinnige Rüstungsprojekte, die teilweise nicht mehr sind als Wahlkreisgeschenke, sowie mangelndes Controlling – das sind die Probleme der Bundeswehr. Ursula von der Leyen muss endlich ihren Job machen. Nach vier Jahren der Diagnose ist es an der Zeit, unter Beweis zu stellen, dass ihr Haus mit Geld umgehen kann. Letztendlich brauchen wir mehr Anstrengungen für den Frieden statt immer neue Kriegsgeräte. Im Haushalt müssen demzufolge mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, für zivile Krisenprävention und den internationalen Klimaschutz bereitgestellt werden.

## HANDLUNGSSPIELRAUM RICHTIG NUTZEN

Dieser Regierungsentwurf für den Haushalt 2018 bleibt weit hinter den Anforderungen und Möglichkeiten zurück. Wer so viel Handlungsspielraum hat, muss ihn auch nutzen. In den Haushaltsberatungen dringen wir daher auf Änderungen: mehr wirksame Bekämpfung von Armut, mehr Klimaschutz und Zukunftsinvestitionen, mehr Mittel für globale Gerechtigkeit und Frieden. Damit bekäme der Haushalt eine Zukunft.

» [gruene-bundestag.de/Haushalt](https://gruene-bundestag.de/Haushalt)



**ANJA HAJDUK MDB**  
Stellv. Fraktionsvorsitzende



**SVEN-CHRISTIAN KINDLER MDB**  
Sprecher für Haushaltspolitik

# BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

## AK EINS

Wirtschaft, Finanzen & Soziales

### » WOHNEN IM SCHATTEN DER FINANZMÄRKTE

Mieten und Immobilienpreise in vielen deutschen Städten explodieren und die Auswirkungen der Finanzkrise haben einen gravierenden Anteil daran. Die deutschen Immobilienmärkte sind zum Spielball des internationalen Finanzkapitals geworden. Auf der Suche nach Renditen sind die deutschen Großstädte zur besten Adresse für Kapitalanleger und Spekulanten geworden. Das treibt die Preise! Vielerorts haben sich Wohnungen seit 2015 um 20 Prozent oder mehr verteuert. RentnerInnen, ArbeiterInnen und junge Familien, selbst mit durchschnittlichen Einkommen, müssen an den Stadtrand ziehen, weil Wohnen nicht mehr bezahlbar ist. Doch Wohnen ist Daseinsvorsorge und darf nicht von den Launen der Investoren abhängen. In der ersten Runde unserer Fachgesprächsreihe IMMOBILIENMÄRKTE IM FOKUS – GEMEINWOHL VOR RENDITE diskutierten wir deshalb Anfang Juni in Berlin, wie wir zum Beispiel mit der Einschränkung von Share-Deals sowie einem Immobilien-Transparenzregister der Finanzspekulation in Wohnraum Einhalt gebieten können. In weiteren Fachgesprächen werden wir uns im Herbst Themen wie Baulandspekulation sowie Geldwäsche und Steuerhinterziehung im Immobiliensektor widmen.

» [gruene-bundestag.de/gemeinwohl-vor-rendite](https://gruene-bundestag.de/gemeinwohl-vor-rendite)

### » FÜR FAIRE DIGITALE MÄRKTE

Der Skandal um Facebook und Cambridge Analytica ist nur das jüngste Beispiel, wie Facebook seine Marktmacht ausnutzt und mit den persönlichen Daten seiner NutzerInnen unzuverlässig oder sogar missbräuchlich umgeht. Zwar schützt die europäische Datenschutzgrundverordnung Daten und persönliche Informationen jetzt deutlich besser, aber wir brauchen weiterhin eine bessere Regulierung von digitalen Giganten wie Facebook. Wie das geht, zeigen wir in unserem Antrag „Faire digitale Märkte – Wettbewerb und Datenschutz sicherstellen“. Wir wollen die Monopole in der digitalen Welt aufbrechen. Dafür soll bei Fusionen die Menge an Nutzern berücksichtigt werden. Zur Wiederbelebung des Wettbewerbs soll es als letzte Maßnahme möglich sein, marktherrschende Unternehmen auch ohne Missbrauchsnachweis zu entflechten. NutzerInnen sollen sich nicht auf eine Plattform beschränken müssen, um mit anderen kommunizieren zu können. Wir wollen eine Pflicht zur Interoperabilität. Datenschutz muss in Zukunft immer konsequent mitgedacht werden.

» [gruene-bundestag.de/digitale-maerkte](https://gruene-bundestag.de/digitale-maerkte)

Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

## AK ZWEI

### » FRAKTIONSBECHLUS: INSEKTEN- UND VOGELSTERBEN STOPPEN

Um den krassen Insekten- und Vogelschwund bis 2020 zu stoppen und eine sichtbare Verbesserung bis 2025 zu erreichen, hat die grüne Bundestagsfraktion einen Aktionsplan mit einer Vielzahl von Maßnahmen beschlossen. Schon lange warnen wir vor dem rasanten Artensterben, vor der Schwächung der Netzwerke unseres Lebens, die durch das Wegbrechen von immer mehr Arten immer brüchiger werden. Die Hauptursachen für den Insektenschwund sind bekannt und müssen von der Bundesregierung endlich mit dem entsprechenden politischen Willen angepackt werden. Allen voran muss die industrialisierte Landwirtschaft weg vom Tropf der Ackergifte. Die Agrarförderung muss umgestellt werden: weg von einer Landwirtschaft gegen die Natur, zurück zu einer Landwirtschaft im Einklang mit der Natur. Wir brauchen eine insekten- und vogelfreundliche Landwirtschaft für mehr Vielfalt auf dem Acker und mehr Vielfalt in der Landschaft. Wir wollen mehr und dauerhaft gesicherte Schutzgebiete und eine bessere Finanzierung von Naturschutz.

» [gruene-bundestag.de/insekten-vogelsterben-stoppen](https://gruene-bundestag.de/insekten-vogelsterben-stoppen)

### » EINE SOZIALE FRAGE: BEZAHLBARES WOHNEN

Bezahlbares Wohnen ist eine der größten sozialen Fragen dieser Zeit. Immer mehr Menschen ziehen in die Städte, weil sie Jobs und bessere Infrastruktur suchen. Dort fürchten viele die nächste Mieterhöhung. Die Bundesregierung sieht dem tatenlos zu und setzt auf teure Wahlkampfhilfe für die CSU in Bayern statt auf bezahlbare Wohnungen. Das Baukindergeld wird bis zu 22 Milliarden Euro kosten und keinem Einzigen helfen, der die Miete nicht mehr bezahlen kann. Es profitieren vor allem Makler und Bau-träger.

Mit dem aktuellen „Weiter so“ der Bundesregierung verlieren wir jährlich 25.000 Sozialwohnungen! Die Bundesregierung hat nur zwölf Grundstücke verbilligt für sozialen Wohnungsbau an die Kommunen abgegeben. Gleichzeitig hat sie 2.026 Grundstücke zum Höchstpreis mit einem Bieterverfahren verkauft. Wir brauchen ein Sofortprogramm für den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten und bezahlbares Wohnen, eine wirksame Mietpreisbremse und die billigere Abgabe von Bundesgrundstücken.

» [gruene-bundestag.de/bezahlbares-Wohnen](https://gruene-bundestag.de/bezahlbares-Wohnen)

Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

## AK DREI

### » BAMF REFORMIEREN!

Die Missstände beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) müssen schnell und gründlich aufgeklärt werden. Unsere Fraktion hat Sondersitzungen des Innenausschusses beantragt und von Innenminister Seehofer umfassende Berichterstattung eingefordert. Nur wenn das BAMF funktioniert, können Flüchtlingsaufnahme, Asylverfahren und Integration gelingen. Qualitätsmängel, starke Überlastung der Beschäftigten sowie mangelnde Qualitätssicherung und Kontrolle sind dort seit Langem bekannt, nicht erst seit den Vorgängen in der Außenstelle Bremen. Schon zuvor gab es Berichte über die miserable Qualität vieler Anhörungsprotokolle und Asylbescheide. Bei der Aufklärung müssen daher nicht nur Unregelmäßigkeiten bei positiven Asylentscheidungen geprüft werden, sondern auch bei Ablehnungen. In beide Richtungen ist die Glaubwürdigkeit infrage gestellt. Das kann sich ein Rechtsstaat nicht leisten.

Das BAMF braucht jetzt tief greifende Reformen: Die Beschäftigten müssen eine Perspektive anstelle des bisherigen Personalkarussells bekommen. Bei allen Asylentscheidungen muss das Vieraugenprinzip eingeführt werden. MitarbeiterInnen und DolmetscherInnen müssen fortlaufend qualifiziert werden, um die Qualität der Entscheidungen zu verbessern und die Gerichte zu entlasten. Ergänzend fordern wir eine staatlich finanzierte unabhängige Asylverfahrensberatung.

» [gruene-bundestag.de/bamf](https://gruene-bundestag.de/bamf)





Internationale Politik & Menschenrechte

## AK VIER

### » NUKLEARABKOMMEN MIT DEM IRAN: BRIEF AN US-KONGRESS

Donald Trump hat das Nuklearabkommen mit dem Iran einseitig aufgekündigt. Auf Initiative von Omid Nouripour haben über 500 europäische Parlamentarier in einem offenen Brief an den US-Kongress vor den negativen Folgen gewarnt. Trump verlässt den mühsamen Pfad der EU-3+3-Diplomatie. Eine mögliche Wiederaufnahme des iranischen Atomprogramms würde eine nukleare Aufrüstungsspirale im Nahen Osten in Gang setzen. Nicht nur die Glaubwürdigkeit der USA als internationaler Verhandlungspartner, sondern auch das Setzen auf Diplomatie und Rüstungskontrolle würden nachhaltig beschädigt. Nicht zuletzt die europäischen Signatarstaaten müssen jetzt nach allen Kräften versuchen, das Abkommen aufrechtzuerhalten und US-Sanktionen abzufedern. Es liegt auch am Iran, deutlich zu machen, dass er sich an seine Verpflichtungen aus dem Abkommen halten wird. Die Islamische Republik befeuert mit ihrer aggressiven Politik die Spannungen in der Region. Nicht zuletzt durch die Unterstützung des mörderischen Assad-Regimes in Syrien, durch seine beständigen Drohungen gegen Israel, sein Raketenprogramm und seine fatale Menschenrechtspolitik im eigenen Land hat sich das Regime in der internationalen Gemeinschaft selbst marginalisiert.

» [gruene-bundestag.de/iran](https://gruene-bundestag.de/iran)

### » FAIRER DEAL FÜR DEN GLOBALEN SÜDEN NÖTIG

Das vor 18 Jahren unterzeichnete Cotonou-Abkommen der EU mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) läuft im Jahr 2020 aus. Das derzeit in Arbeit befindliche Verhandlungsmandat für das Nachfolgeabkommen soll sich nicht mehr auf Handel und Entwicklungspolitik beschränken. Im Post-Cotonou-Abkommen sollen künftig auch Bereiche wie Frieden und Sicherheit sowie Migration geregelt werden. Einen besonderen Schwerpunkt dürften dabei die Verhandlungen mit den afrikanischen Staaten einnehmen. Statt der einst mit Afrika angestrebten Partnerschaft auf Augenhöhe rückt die EU die Fluchtabwehr in den Mittelpunkt ihrer Politik. Abschottung und sicherheitspolitische Interessen sowie die Konzentration auf private Investitionen verdrängen dabei vermehrt die Ausrichtung auf Menschenrechte und die Überwindung von Armut und Ungleichheit. Die EU muss sich für ein Abkommen einsetzen, das die postkoloniale AKP-Struktur aufbricht. Die grüne Bundestagsfraktion hat hierzu einen Antrag an die Bundesregierung eingebracht. Es braucht einen Vertrag, der die Grundlage für eine nachhaltige Partnerschaft auf Augenhöhe schafft und sich klar an den Menschenrechten, den globalen Nachhaltigkeitszielen und dem Pariser Klimaabkommen ausrichtet.

» [gruene-bundestag.de/post-cotonou-abkommen](https://gruene-bundestag.de/post-cotonou-abkommen)



Foto: Reuters

## AK FÜNF Wissen, Generationen & Gesundheit

### » KINDERARMUT WIRKSAM VERHINDERN

Die Zahl der Kinder, die von Armut bedroht sind und mit schlechten Chancen ins Leben starten, stagniert seit Jahren. Trotz guter wirtschaftlicher Lage und geringer Arbeitslosigkeit ist in unserem reichen Land konstant jedes fünfte Kind von Armut bedroht. Um Armut von Kindern und Familien zu reduzieren, ergänzt der Kinderzuschlag das Kindergeld. Doch dieser Kinderzuschlag hat viele Schwächen. So erreicht er beispielsweise nur 30 Prozent der anspruchsberechtigten Kinder und Eltern. Damit alle Kinder existenzsicher aufwachsen und Kinderarmut wirklich zuverlässig verringert wird, haben wir im Bundestag grundlegende Änderungen am Kinderzuschlag und dessen automatische Auszahlung beantragt (Drucksache 19/1854). Die Reform des Kinderzuschlags ist ein Schritt hin zu einer umfassenden Kindergrundsicherung, die allen Kindern Unterstützung und Teilhabe garantieren soll. Am 18. September 2018 laden wir zu einer Tagung in Berlin ein, um unsere grünen Reformperspektiven auf dem Weg zur Kindergrundsicherung vorzustellen und zu diskutieren.

» [gruene-bundestag.de/kinderarmut](https://gruene-bundestag.de/kinderarmut)

### » BILDUNGSGERECHTIGKEIT SCHAFFT ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Das Ausbildungsjahr beginnt nach den Sommerferien. Viele Jugendliche schreiben längst zahlreiche Bewerbungen. An anderen Orten klagen Unternehmen über zu wenige Lehrlinge. Die Ausbildungslosigkeit bei jungen Menschen steigt, obwohl viele Betriebe händeringend nach Auszubildenden suchen. Wir zeigen mit unserem Antrag „Bildungsgerechtigkeit schafft Zukunftsfähigkeit“ (Drucksache 19/1795), wie die berufliche Bildung auch morgen noch der Garant für Chancengerechtigkeit und Fachkräftesicherung bleibt. Mit einem Berufsbildungspakt für Fachkräfte wollen wir berufliche Schulen, Betriebe und überbetriebliche Ausbildungsstätten fit für die Anforderungen der Einwanderungsgesellschaft und das Lernen im digitalen Zeitalter machen. Statt Maßnahmenchaos am Übergang von Schule zu Beruf setzen wir auf eine Ausbildungsgarantie, die allen Jugendlichen stabile Brücken in die Ausbildung baut – egal woher sie kommen. Und damit nach der Schule auch wirklich niemand den Anschluss verpasst, wollen wir für vorurteilsfreie Berufsorientierung sorgen und bauen die Beratung in Jugendberufsagenturen quer durch die Republik aus.

» [gruene-bundestag.de/chancengerechtigkeit](https://gruene-bundestag.de/chancengerechtigkeit)

# KLARTEXT BEIM KLIMASCHUTZ

**Lisa Badum liebt ihr beschauliches Forchheim genauso wie das schnelle Berlin. Hier wie dort kämpft die Politikwissenschaftlerin für den Klimaschutz.**

Von Susanne Sporrer

Die Stämme der alten Buchen im fränkischen Steigerwald sind bis zu einem Meter dick und ragen hoch in den Himmel. Viele Bäume sind mehr als 100, manche sogar 200 Jahre alt. 8.000 dieser intakten Veteranen wollen die Bayerischen Staatsforsten zu Verkaufszwecken fällen. In den Augen von Lisa Badum ein Frevel in ihrem Bezirk Oberfranken, den die 34-Jährige unbedingt verhindern will. „Das ist eine Schande, auch weil da riesige natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher verloren gehen“, sagt sie, „wenn es sein muss, kette ich mich an diese Bäume.“

Damit sind wir mittendrin in ihrem Thema: der Klimapolitik. In Berlin streitet die klimapolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion für eine CO<sub>2</sub>-Abgabe und den Ausstieg aus der Kohleenergie, in ihrer Heimat für einen Nationalpark Steigerwald. „Der Steigerwald ist ein gutes Beispiel, wie Bundesebene und Regionales ineinandergreifen.“ Ihr Wahlkreis Bamberg-Forchheim, das ist in Oberfranken. Im beschaulichen Forchheim ist Lisa Badum aufgewachsen, dort fand sie den Einstieg in die Politik und dort lebt sie auch heute. Mühelos wechselt sie von der weichen fränkischen Mundart ins Hochdeutsche. „In Berlin spreche ich nicht nur anders, hier herrscht auch ein anderes Blutdrucklevel. Sehr belebend!“, sagt Badum und lacht. Sie trägt ein leuchtend pinkfarbenes Sommershirt. Für Frühling herrscht ungewöhnliche Hitze.

„Wir müssen raus aus der grünen Blase“, erklärt sie energisch. Wie man grüne Themen unter die Leute bringt, darin hat die Politikwissenschaftlerin reichlich Erfahrung gesammelt. Vor ihrem Einzug in den Bundestag war sie im Auftrag des grünen Energieversorgers NATURSTROM auf Bürgerversammlungen und an Stammtischen unterwegs, um die Menschen von der Energiewende zu überzeugen: „Da habe ich gelernt, so zu reden, dass jeder versteht, was Klimaschutz für sie oder ihn bedeutet.“ Und mit Kritik umzugehen – zum Beispiel von Bürgerinnen und Bürgern, die auf ihrer Terrasse die Windräder surren hören. Auch im Bundestag spricht Lisa Badum Klartext. „Der Klimawandel wird massive Auswirkungen auf Deutschland, auf unser Leben haben“, machte sie gleich in ihrer ersten Rede deutlich. Der Regierung wirft sie vor, diese Realität zu ignorieren.

Lisa Badum ist zwar neu im Parlament, doch die Arbeit kennt sie aus dem Effeff. Schon als Studentin hilft sie im Wahlkreisbüro der damaligen Bamberger Abgeordneten Ursula Sowa mit, später arbeitet sie für den Fürther MdB Uwe Kekeritz. Mit 24 wird sie als Jüngste in den Forchheimer Kreistag gewählt. Ausgerechnet eine junge Frau von den Grünen in einem von CSU-Männern dominierten Gremium. „Ich musste erst mal als Gegnerin ernst genommen werden“, sagt Lisa Badum. Das ist ihr gelungen, Schüchternheit ist nicht ihr Ding. 2009 kandidierte sie dann das erste Mal für den Bundestag, 2017 gelang der Einzug. „Dabei wollte ich eigentlich nie in eine Partei“, erzählt sie. Aber Politik sorgte schon im Elternhaus mit drei Geschwistern für Gesprächsstoff. Die „Initialzündung“ für ihr politisches Engagement kam später, als sie Bücher über Zwangsheirat und Genitalverstümmelung in die Hand bekam. „Dass Menschen so etwas angetan wird, nur weil sie als Frauen geboren wurden, hat mich schockiert.“ Lisa, 14 Jahre alt, beschließt, etwas dagegen zu tun. Sie schreibt an die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes und stellt sich mit Plakaten in die Fußgängerzone. Seither setzt sie sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern ein. 2015 erhielt sie für ihr Engagement den Helene-Weber-Preis.

Auch ein „bayerisches Energiebündel“, so nennt sich Lisa Badum auf ihrer Website, muss mal auftanken. Dazu geht sie gern mit Freundinnen und Freunden „auf den Keller“. So heißt es in Oberfranken, wenn man einen der unzähligen Biergärten besucht. Denn früher wurde das frisch Gebraute in Sandsteinstollen kühl gelagert, auf diesen jahrhundertealten Lagerstätten entstanden die traditionsreichen Biergärten. PolitikerInnen brauchen nicht nur viel Energie, sondern auch einen langen Atem, weiß Lisa. Zehn Jahre im Forchheimer Kreistag waren eine gute Schule. Endlos die Diskussionen, bis die Stadtbusse endlich auch abends fahren. Wie der zähe Streit um den Nationalpark ausgehen wird, ist noch ungewiss. Doch sie ist optimistisch. Politische Einstellungen wandeln sich, das hat sie in der eigenen Familie erlebt. Nachdem ihre Oma ein Leben lang der CSU die Treue gehalten hatte, wählte sie mit über 90 zum ersten Mal Grün.

## LISA BADUM

- seit 2005 **Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen**
- seit 2008 **Mitglied des Forchheimer Kreistags**
- seit 2017 **Abgeordnete im Deutschen Bundestag, Sprecherin für Klimapolitik**





## » POLITIK. HEIMAT. HERKUNFT.

Wir wollen reden. Über das Suchen, Finden, Geben, Verlieren, Verlassen von Heimat. Was meinen wir, wenn wir im politischen Raum von Heimat sprechen? Taugt „Heimat“ überhaupt als politischer Begriff in einer pluralistischen Gesellschaft, schafft er Identität oder grenzt er aus? Was bedeutet der Verlust von Heimat durch Flucht und Vertreibung? Kann man sich seine Heimat neu erfinden oder trägt man „sein Dorf“ doch immer mit sich herum?

Im kleinen Kreis diskutierten am 5. Juni im Salon des Münzstudios in Berlin die Schauspielerinnen Michaela May,

Mc Donald's Vorstandschef Holger Beeck und die Autorin Fatma Aydemir mit unserer Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt und unserem Sprecher für Kulturpolitik, Erhard Grundl. 50 Gäste aus Kultur, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft hatten sich dazu eingefunden. Die Ansichten gingen weit auseinander, die Debatte war lebhaft, das Publikum engagiert und humorvoll. Ein gelungener erster Abend – Fortsetzung folgt, ab September mit zwei weiteren Gesprächen zum Thema.

» [gruene-bundestag.de/heimat](https://gruene-bundestag.de/heimat)

## » NACHHALTIG GUTE ARBEIT



### PARLAMENTARISCHER ABEND BEIM DGB-BUNDESKONGRESS

Klimawandel, Artensterben und zunehmend knappe Ressourcen machen klar: Die Art, wie wir produzieren, und was wir konsumieren, muss sich ändern. Die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie ist die große gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Ein Verschlafen dieses Strukturwandels gefährdet Arbeitsplätze. Dies war auch Thema unseres Parlamentarischen Abends beim DGB-Bundeskongress. Katrin Göring-Eckardt, Toni Hofreiter und fast die Hälfte unserer Fraktion waren dabei. Sie führten ausgiebige und interessante Gespräche mit den Gewerkschaftsdelegierten. Viele bewegte die Frage, wie wir es bewerkstelligen können, mit guter Arbeit auch nachhaltig zu wirtschaften. Wir sind überzeugt, der ökologische Umbau kann gute Arbeit sichern und neue Jobs entstehen lassen. Wir wollen Wirtschaft und Arbeitsmarkt so gestalten, dass alle profitieren. Das heißt auch Chancen der Digitalisierung nutzen, Risiken eindämmen, Langzeitarbeitslosigkeit und Niedriglöhne bekämpfen. Dazu braucht es alle: verantwortungsvolle Unternehmen und engagierte Betriebsräte und natürlich auch ein Parlament, das seinen Gestaltungsauftrag ernst nimmt.

## » FULL HOUSE BEIM KATHOLIKENTAG

Rund 250 Gäste kamen zur Parlamentarischen Nacht der grünen Bundestagsfraktion beim Katholikentag Anfang Mai in Münster. Dessen Motto „Suche Frieden“ ist von brennender Aktualität angesichts der internationalen Lage und der Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens durch gezielt betriebene Spaltung, Hass und Hetze.



Katrin Göring-Eckardt verwies in ihrer Rede auf die Aufkündigung des Iran-Abkommens durch Donald Trump, die die Welt noch unsicherer mache. Innenpolitisch wandte sie sich gegen eine staatliche Verordnung religiöser Symbole. Das Kreuz ist ein christliches Symbol und keine politische Folklore oder Mittel zur Ausgrenzung. Gläubige aller Religionen müssten Zeichen ihres Glaubens offen tragen können, ohne Anfeindungen fürchten zu müssen. Niemand dürfe gezwungen werden, unter einem Kreuz zu arbeiten oder Behördengänge zu erledigen. Engagement gegen Spaltung und für das Verbindende, das unsere Gesellschaft zusammenhält, war denn auch das Hauptthema vieler angeregter Gespräche bis tief in die Nacht.

» [gruene-bundestag.de/katholikentag2018](https://gruene-bundestag.de/katholikentag2018)

## TERMINE

immer aktuell unter

» [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Termine

## MEHR FRAUEN IN DIE PARLAMENTE

Fachgespräch am 3.7. in Berlin

AK 5 Koordination, TEL 030/227 51066

[ak5@gruene-bundestag.de](mailto:ak5@gruene-bundestag.de)

## TAG DER EIN- UND AUSBLICKE

Am 9.9. im Deutschen Bundestag

Öffentlichkeitsarbeit

TEL 030/227 59062

[oea@gruene-bundestag.de](mailto:oea@gruene-bundestag.de)

## KONFERENZ KINDERARMUT

Am 18.9. im Deutschen Bundestag

AK 5 Koordination, TEL 030/227 51066

[ak5@gruene-bundestag.de](mailto:ak5@gruene-bundestag.de)

## PUBLIKATIONEN

Mehr unter:

» [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Publikationen

## FLYER

Erste Hilfe für die Pflege ..... 19/3

## ONLINE

Tagesaktuell, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos, Newsletter, finden Sie auf

» [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de).

Ihre Kommentare, Ideen und Fragen können Sie uns auch über die sozialen Netzwerke schicken:

 [twitter.com/GrueneBundestag](https://twitter.com/GrueneBundestag)

 [instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/  
Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)

 Der grüne Kanal bei YouTube

## INFORMATIONSPFLICHT NACH DER DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG

Wir wollen Sie im Rahmen der Informationspflicht über die Datenverarbeitung in der Bundestagsfraktion aufklären. Wir verarbeiten personenbezogene Daten von Ihnen für den Versand unserer Zeitschrift profil:GRÜN und den digital gestützten Versand von Informationen über unsere politische Arbeit, für Einladungen zu Veranstaltungen oder für Newsletter zu fachlichen Themen. In der Regel geht es dabei um Ihren Namen, Ihre E-Mail-Adresse, Anschrift und weiter gehend von Ihnen direkt bereitgestellte Informationen wie Organisation, Telefonnummer oder Funktion.

Aufgrund des politischen Kontextes unserer Arbeit und der Verknüpfung zu bestimmten Themenverteiltern liegt daher auch eine Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Artikel 9 DSGVO vor. Eine Weitergabe an Dritte oder Übermittlung in Drittländer erfolgt nicht. Die Datenverarbeitung beruht maßgeblich auf einer informierten und freiwilligen Einwilligung gemäß Artikel 7 DSGVO.

Ihre Daten werden bis auf Widerruf von uns verarbeitet. Diese Einwilligung können Sie jederzeit für die Zukunft widerrufen, und zwar postalisch per Brief an die unten

stehende Postadresse oder per E-Mail an [adressen@gruene-bundestag.de](mailto:adressen@gruene-bundestag.de).

Ihnen stehen auch weitreichende Rechte zu, wie das Recht auf Auskunft, Berechtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit, Widerruf und Widerspruch. Bitte wenden Sie sich zur Ausübung Ihrer uns gegenüber zustehenden Rechte an [auskunftsrecht@gruene-bundestag.de](mailto:auskunftsrecht@gruene-bundestag.de). Verfahren zur automatischen Entscheidungsfindung setzen wir nicht ein. Bei Problemen können Sie sich an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Andrea Voßhoff, Husarenstraße 30,  
53117 Bonn, [poststelle@bfdi.bund.de](mailto:poststelle@bfdi.bund.de)

Verantwortliche Stelle im Sinne der DSGVO:  
Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Unsere Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter derselben Postadresse oder per E-Mail an:

[datenschutz@gruene-bundestag.de](mailto:datenschutz@gruene-bundestag.de)

Weiter gehende Informationen entnehmen Sie bitte unserer Datenschutzerklärung:  
[https://www.gruene-bundestag.de/  
fraktion/datenschutz.html](https://www.gruene-bundestag.de/fraktion/datenschutz.html)